

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Bruno Hollnagel, Steffen Kotré, Albrecht Glaser, Kay Gottschalk, Stefan Keuter, Enrico Komning, Hansjörg Müller, Stephan Brandner, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Jürgen Pohl, Dr. Robby Schlund, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Aufbruch für Deutschland – Raus aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Schon vor dem Lockdown 2019 hatte Deutschland eine Nachhaltigkeitslücke (explizite plus implizite Verschuldung) von 7,4 Billionen Euro zu verzeichnen. Diese ist auf 13,8 Billionen Euro angewachsen.<sup>1</sup>
  2. Anhand des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens der EU 2021 – 2027 erhöht sich der deutsche Bruttobeitrag von 25,8 Milliarden Euro (2019) auf bis zu 38 Milliarden Euro (2021) und 43,1 Milliarden Euro (2027) pro Jahr<sup>2</sup> (unter der Annahme der vollen Ausschöpfung der jährlichen Obergrenzen).
  3. Das Ifo-Institut stellte fest: „Die kumulativen systemischen Mehrkosten für die Energiewende bis 2050 liegen je nach Randbedingungen zwischen 500 Milliarden Euro und mehr als 3.000 Milliarden Euro.“<sup>3</sup>
  4. Die mit den Migranten verbundenen Kosten werden auf jährlich ca. 50 Milliarden Euro geschätzt, hiervon trägt allein der Bund ca. 16. Milliarden Euro (ohne die sog. „Bekämpfung der Fluchtursachen“)<sup>4</sup>. Hinzu kommen Ausgaben der Länder, der Kommunen und karitativer Einrichtungen.

---

<sup>1</sup> [www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/themen/generationenbilanz/](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/themen/generationenbilanz/) (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

<sup>2</sup> [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze\\_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung\\_E/2020-12-16-Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz-ERatG/2-Regierungsentwurf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_E/2020-12-16-Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz-ERatG/2-Regierungsentwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

<sup>3</sup> [www.ifo.de/node/43785](http://www.ifo.de/node/43785) (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

<sup>4</sup> [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/migration-die-kosten-der-fluechtlingskrise/25146570.html?ticket=ST-4404154-Sc1fA6Kyy3bxSD1Fat9e-ap6](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/migration-die-kosten-der-fluechtlingskrise/25146570.html?ticket=ST-4404154-Sc1fA6Kyy3bxSD1Fat9e-ap6) (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

5. Deutschland ist erheblichen und teilweise unbegrenzten Risiken durch Haftungsgemeinschaften ausgesetzt. Die Risiken resultieren aus dem Verstoß gegen die EU-Verträge, z. B. gegen die No-Bailout-Klausel, sodass Deutschland vertragswidrig für andere Staaten mithaftet. Dies geschieht beispielsweise beim Corona-Wiederaufbaufonds und bei den Staatsanleihekaufprogrammen der EZB.
6. Mögliche Hebelungen durch Kredite, z. B. im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus, bergen erhebliche Risiken für Deutschland.
7. Deutschland verliert durch Auswanderung hoch qualifizierter Kräfte (Braindrain) Humanressourcen.<sup>5</sup>
8. Die hohen Steuern senken die Kaufkraft der Bürger. Die hohe Steuerbelastung in Deutschland benachteiligt in Deutschland lebende und steuerzahlende Bürger gegenüber Personen, die in anderen Ländern leben. Eine Folge ist das niedrige Medianvermögen. Vergleichend hierzu Medianvermögen in US-Dollar<sup>6</sup> von:  
Frankreich: 101.942  
Italien: 95.369  
Spanien: 91.889  
Griechenland: 40.000  
Deutschland: 35.313  
Das gilt in ähnlicher Form auch für das Pro-Kopf-Nettovermögen. Hier liegt Deutschland innerhalb der EU hinter den Niederlanden, Schweden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Österreich und Italien.<sup>7</sup>
9. Deutschland erlebt eine Deindustrialisierung, vor allem seit 2000 im energieintensiven Bereich<sup>8</sup>. In Deutschland ansässige Unternehmen verzeichnen Umsatzeinbrüche und entlassen Mitarbeiter. Die Unternehmen reagieren mit Produktionsverlagerungen: Beispiele sind Daimler und BMW, mit der Verlagerung der Motorenproduktion.
10. Die deutsche Wirtschaft wird durch bürokratische Auflagen mit geringem oder gar keinem ökonomischen Nutzen unverhältnismäßig hoch belastet<sup>9</sup>. Die überbordende Bürokratie hemmt die ökonomische Effizienz, Leistungsträger werden behindert. Seit Jahren schrumpft der Mittelstand. Dem Handwerk werden bürokratische Hürden in den Weg gestellt.
11. Das geplante Lieferkettengesetz setzt in Deutschland ansässige Unternehmen und insbesondere den Mittelstand unnötig unwägbarer Risiken (Schadenersatzklagen) aus.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Verlustquellen zu schließen und hierzu:
  - 1.1 die Beiträge an Brüssel auf das Niveau von 2019 zu kürzen und zu deckeln, ebenso keine deutschen Beiträge oder Haftungen zu Next Generation EU zu akzeptieren;
  - 1.2 alle Maßnahmen zur sogenannten Energiewende und „Klimarettung“ auszusetzen;

<sup>5</sup> [www.focus.de/finanzen/news/neue-studie-domaene-der-hochqualifizierten-hunderttausende-deutsche-wandern-aus\\_id\\_11424311.html](http://www.focus.de/finanzen/news/neue-studie-domaene-der-hochqualifizierten-hunderttausende-deutsche-wandern-aus_id_11424311.html) (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

<sup>6</sup> Crédit Suisse Research Institute: Global Wealth Databook 2019, S. 117

<sup>7</sup> [www.welt.de/finanzen/article200530536/Vermoegen-So-wohlhabend-sind-die-Deutschen-wirklich.html](http://www.welt.de/finanzen/article200530536/Vermoegen-So-wohlhabend-sind-die-Deutschen-wirklich.html) (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

<sup>8</sup> Bayerische Chemieverbände: Positionspapier zur aktuellen Energiepolitik, 18.03.2019

<sup>9</sup> <https://library.fes.de/pdf-files/do/04405.pdf> (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2021)

- 1.3 die Migration Nichtbleibberechtigter zu unterbinden, ihre Ausweisung zu beschleunigen und Einwanderungspolitik im Interesse unseres Landes zu betreiben;
- 1.4 das Auslandskindergeld dem ausländischen Kostenniveau anzupassen;
2. Risiken abzubauen, indem:
  - 2.1 die Haftungsketten in der EU unterbrochen werden;
  - 2.2 die in den europäischen Verträgen enthaltene No-Bailout-Klausel durchgesetzt wird;
  - 2.3 deutsche Risiken aus Budgethebelungen, wie beim Europäischen Fonds für strategische Investition, unterbunden werden;
3. die bundesdeutsche Wirtschaftskraft zu stärken, indem:
  - 3.1 die einschränkenden Maßnahmen durch den verhängten Lockdown unter der Maßgabe der Einhaltung von Hygienekonzepten und der Beachtung des besonderen Schutzbedürfnisses von Risikogruppen sofort aufgehoben werden;
  - 3.2 zugesagte Corona-Hilfen endlich geleistet werden;
  - 3.3 die Fachkräfteabwanderung gestoppt und umgekehrt wird;
  - 3.4 die Steuern nachhaltig gesenkt werden, damit sich Leistung wieder lohnt: hierzu gehören, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer abgeschafft, die Förderzusagen entsprechend dem EEG sofort eingestellt und die Umsatzsteuer dauerhaft von 19 % auf 15 % bzw. von 7 % auf 5 % gesenkt wird;
  - 3.5 die Deindustrialisierung durch attraktive Rahmenbedingungen gestoppt wird;
  - 3.6 das Zinsdiktat der EZB unterbunden wird und die Anleihekaufprogramme PSPP und PEPP eingestellt werden;
  - 3.7 eine umfangreiche Entbürokratisierung gestartet wird. Hierzu gehört u. a. die Streichung von Quotenregelungen jeglicher Art und überzogenen Datenschutzvorschriften;
  - 3.8 das geplante Lieferkettengesetzes gestoppt wird, um die deutsche Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, nicht unabhsehbaren Risiken auszusetzen.

Berlin, den 23. Februar 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

### 1. Verlustquellen schließen

Deutschland soll zukünftig an Brüssel höhere Netto-Leistungen erbringen, obwohl andere EU-Länder ein höheres Medianvermögen haben. Wir erwarten Solidarität der EU-Mitgliedstaaten auch Deutschland gegenüber.

Deutschland hat beim Umbau der Gesellschaft im Rahmen der Energiewende erhebliche Vorleistungen erbracht, die unsere Wirtschaft und Bürger stark belasten. Bevor wir hier weiter verhandeln, sollten andere Staaten (USA, China) erst einmal nachziehen.

Migranten ohne Bleiberecht sollen – ohne Verletzung internationaler Vereinbarungen und unter Beachtung Art. 16A GG – schnellst möglich zurückgeführt werden, um uns somit erhebliche Ausgaben zu ersparen, um Mittel für die jetzt dringend erforderliche Entlastung unserer Bürger und Unternehmen frei zu bekommen.

### 2. Risiken abbauen

Haftungsklagen können Deutschland mit in den Abgrund ziehen. Wir sind für Rechtsstaatlichkeit und dazu gehört, dass Verträge eingehalten werden. Die Budgethebelungen erhöhen die Risiken, ohne dass dies vom Bundestag genehmigt ist.

### 3. Wirtschaft stärken

Der Lockdown wurde von der Bundesregierung verfügt, obwohl die medizinische Wirkung der Maßnahmen wissenschaftlich nicht hinreichend nachgewiesen wurde. Nach dem Lockdown verblieben die Sommermonate ungenutzt. Die Maßnahmen schädigen die Wirtschaft und erzeugen unfaire Bedingungen: Einzelhandelsgeschäfte müssen geschlossen bleiben, Supermärkte sind geöffnet und bieten zum Teil die gleichen Waren (Spielwaren, Kleidung, Schuhe) an, wie der geschlossene Einzelhandel.

Wirtschaft baut auch auf Vertrauen. Ein Großteil der zugesagten Corona-Hilfen ist noch immer nicht dort angekommen, wo die Gelder gebraucht werden. Das gefährdet die Existenz vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen und ist nicht hinnehmbar.

Der Abfluss von Intelligenz durch Braindrain schadet unserem Land enorm, weil gut ausgebildete Kräfte auswandern.

Um das Vertrauen der Konsumenten zurückzugewinnen bedarf es sich starker Signale und zuverlässiger Orientierung. Neue Steuern sind kontraproduktiv. Die Steuerquote Deutschlands hat neue Höhen erklommen. Als vertrauensbildende Maßnahmen zur Entwicklung der Einstellung, dass sich Leistung lohnt, soll die neue CO<sub>2</sub>-Steuer abgeschafft werden. Eine nachhaltige Mehrwertsteuersenkung steigert die Kaufkraft nicht nur der Arbeit, sondern auch der Ersparnisse.

Der Deindustrialisierung Deutschlands muss entgegengewirkt werden. Die Grünen-Technologie ist häufig für Investoren finanziell nur deswegen sinnvoll, weil sie staatlich subventioniert wird. Wir brauchen Industrien, die auch gesamtwirtschaftlich rentabel sind. Die zu beobachtende Arbeitsplatzvernichtung ist in weiten Teilen Deutschlands dauerhaft; eine Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer ist dauerhaft: Wer wollte bei der hiesigen Bürokratie, den Auflagen und Arbeitskosten eine einmal verlagerte Produktion zurückholen.

Negativzinsen sind obskur und wider jede Vernunft. Negativzinsen resultieren aus dem Zinsdiktat der EZB und sind nicht weiter hinnehmbar, weil das Bundesverfassungsgericht belegt, dass

- die EZB ihre Kompetenzen überschritten hat,
- praktisch alle Bürger Nachteile durch das Zinsdiktat hinnehmen müssen und
- PSPP (und damit auch PEPP) unverhältnismäßig ist.

Die überbordende Bürokratie hemmt das Wirtschaftsgeschehen. Sie muss endlich auf das Notwendigste beschränkt werden, so nach dem Motto „so viel Bürokratie wie nötig, so wenig Bürokratie wie möglich“.